

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK  
Bundesamt für Raumentwicklung ARE

Einreichung per Mail an: [aemterkonsultationen@are.admin.ch](mailto:aemterkonsultationen@are.admin.ch)

Bern, 9. Oktober 2024

## **Änderung der Raumplanungsverordnung (Umsetzung der zweiten Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes [RPG 2] und des Bundesgesetzes über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien)**

Stellungnahme der Alliance Patrimoine

---

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit, uns im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zum Entwurf der Raumplanungsverordnung äussern zu können.

Alliance Patrimoine ist ein Zusammenschluss von vier Organisationen: Archäologie Schweiz AS, Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte GSK, Nationale Informationsstelle zum Kulturerbe NIKE sowie Schweizer Heimatschutz SHS. Gemeinsam setzen wir uns für den Erhalt und die Pflege des kulturellen Erbes der Schweiz ein. Basierend auf diesem Interessenschwerpunkt beschränkt sich unsere Stellungnahme auf Artikel und Sachverhalte, die expliziten oder impliziten Bezug zu den damit verbundenen Aspekten und Fragestellungen haben.

### **Würdigung des Verordnungsvorschlags**

Alliance Patrimoine begrüsst und unterstützt die vorgeschlagenen Änderungen im Entwurf der Raumplanungsverordnung (E-RPV) grundsätzlich. Sie begrüsst insbesondere die **Konkretisierung der Grundsätze für die Planung und den Bau von Anlagen zur Gewinnung von erneuerbaren Energien**. Im Bericht wird betont, dass die Energieversorgung «mit möglichst geringen negativen Auswirkungen auf die Biodiversität sowie die landschaftlichen, landwirtschaftlichen und baukulturellen Qualitäten» gesichert werden soll.<sup>1</sup>

Mit Blick auf die Grundsätze der Strategie Baukultur und der darin angestrebten qualitativen Aufwertung unserer gebauten Umwelt von Bedeutung sind der umfangreiche 3. Abschnitt mit Artikel 32, Energieerzeugungs- und Infrastrukturanlagen und insbesondere die wiederholten Verweise auf die in jedem Fall zu erfolgende umfassende Interessensabwägung (Art. 32d Abs. 3; Art. 32e Abs. 4; Art. 32f Abs. 3; Art. 32g Abs. 3 sowie Art. 32h Abs. 2). Im selben Sinne hervorzuheben ist ausserdem Art. 33a Abs. 2, der festhält, dass bei zu kompensierenden Nutzungen eine Verbesserung der Gesamtsituation explizit «mit Blick auf Ziele und Grundsätze der Raumplanung, unter besonderer Berücksichtigung von Siedlungsstruktur, Landschaft,

---

<sup>1</sup> Erläuternder Bericht zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens vom 19. Juni 2024, S.9.

Baukultur, Kulturland und Biodiversität» angestrebt werden und Planungs- und Bauvorhaben auf alle diese gleichberechtigten Interessen geprüft werden müssen.

Hintergrund der Verordnungsrevision bilden das Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien vom 29. September 2023 («Mantelerlass») sowie die Änderung vom 29. September 2023 des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG). Die folgenden Erwägungen und Anträge von Alliance Patrimoine beziehen sich auf zwei Themenfelder: Bewilligungsfreie Solaranlagen an Fassaden sowie die Ausgestaltung der Abbruchprämien.

### **Solaranlagen an Fassaden: Erwägungen zu Art. 32a<sup>bis</sup> E-RPV**

Die Bestimmungen in Art. 18a RPG zur Ausnahme von genügend angepassten Solaranlagen von der Bewilligungspflicht werden in Art. 32a<sup>bis</sup> E-RPV konkretisiert. Die neuen Verordnungsbestimmungen beziehen sich somit nicht auf Kulturdenkmäler von kantonaler und nationaler Bedeutung. Diese bleiben weiterhin bewilligungspflichtig. An diesem Grundsatz muss auch künftig festgehalten werden.

Alliance Patrimoine anerkennt den grundsätzlich umsichtigen Vorschlag für die Bewilligungsfähigkeit von Solaranlagen an Fassaden (Art. 32a<sup>bis</sup>). Es ist festzuhalten, dass es für die Bewilligungsfähigkeit hohe sachgerechte Grenzen braucht, um weiterhin eine qualitätsvolle Baukultur zu erreichen. Es sind an die Bewilligungsfreiheit von Fassadensolaranlagen *mindestens* die gleich hohen Anforderungskriterien für eine «genügende Anpassung» wie für jene auf Dächern zu stellen.

Solaranlagen an Fassaden treten bekanntlich deutlicher in Erscheinung als Solaranlagen auf Dächern. Aus diesem Grund braucht es die erwähnten hohen Grenzen. Dies gilt für Siedlungen, welche wegen der Verdichtung zusätzlich gefordert sind, sowie für Einzelobjekte. Überdies können Solaranlagen, die die genannten Kriterien nur mangelhaft erfüllen und daher nicht bewilligungsfrei sind, weiterhin auf der Grundlage einer Baubewilligung realisiert werden.

Eingriffe an bestehende Fassaden wirken sich unmittelbar auf das Erscheinungsbild des Gebäudes aus. Die Anordnung, Form sowie die farbliche und materielle Gestaltung der Solarmodule hat einen grossen Einfluss sowohl auf die optische Wirkung als auch auf die Akzeptanz von Solaranlagen. Bereits wenige einfache Grundsätze, welche die Effizienz der Anlagen nicht wesentlich beeinträchtigen, tragen zur einer guten Gesamtwirkung und genügenden Anpassung bei. Aufgrund des hohen Wirkungsgrades ist der Einfluss auf den öffentlichen Raum gross. Dem sollte besser Rechnung getragen werden.

In diesem Sinne überzeugen die vorgeschlagenen Absätze 1 und 2 E-RPV zu Art.18a RPG durch klare Kriterien, die Alliance Patrimoine unterstützt. Begrüssenswert wäre indes, wenn die in Abs. 1 genannten Kriterien (Bst. a-d) äquivalent zu Abs. 2 teils kumulativ anzuwenden wären, da wie beschrieben, Eingriffe in bestehende Fassaden aufgrund ihrer hohen Sichtbarkeit und damit ihrer hohen Wirkung auf die Umgebung besonders hohe Ansprüche zu erfüllen haben.

#### **Antrag zu Art. 32a<sup>bis</sup> Abs. 1**

1 Solaranlagen an einer Fassade gelten als genügend angepasst, wenn sie eine <b>oder mehrere</b> der folgenden Voraussetzungen erfüllen:
--

**Als problematisch und unzeitgemäss erachtet Alliance Patrimoine den Bst. f von Art. 32a<sup>bis</sup>, Abs. 1.** In diesem wird für Solaranlagen an Fassaden in «Arbeitszonen» eine generelle Bewilligungsfreiheit vorgesehen. Diese Bewilligungsbefreiung ist grundsätzlich in Frage zu stellen, da die Zonenzugehörigkeit kein eigentliches Anpassungsmerkmal darstellt. Sie ist gesetzessystematisch fremd und steht im Widerspruch zum

nachfolgenden Abs. 2, der die wesentlichen baukulturellen Gesichtspunkte, Kriterien und Erwägungen auflistet, die «weiterhin bei jedem Anwendungsfall von Abs. 1 gegeben sein müssen».<sup>2</sup>

Inhaltlich ist störend, dass Fassadensolaranlagen in Arbeitszonen somit keinerlei Überprüfung und Kontrolle hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Umgebung unterliegen. Dies ist besonders relevant, wenn sich die betroffenen Bauten nicht in geschlossenen und isolierten Gewerbe- und Industriezonen befinden, sondern in kleinräumig zonierte Arealen, die unmittelbar an Wohngebiete angrenzen (beispielsweise Weiler- und Kleinsiedlungszonen).

Mit der Verdichtung und Wohnungsnot wird die Umnutzung von Gewerbebauten und Industriebrachen zu Wohnbauten und Wohnzonen vorangetrieben – Arbeitszonen und Wohnzonen werden sich zunehmend verbinden und verändern (gemischte Zonen). Vor diesem Hintergrund ist die im Bericht verwendete Beschreibung der Arbeitszonen als «verhältnismässig wenig empfindlicher Zonentyp» nicht pauschal aufrechtzuerhalten.<sup>3</sup>

Die mit Art. 32a<sup>bis</sup> Abs. 1 Bst. f vorgesehene Bestimmung widerspricht grundlegend den Zielen und Ansprüchen an eine gebaute Umwelt im Sinne der hohen Baukultur.

**Antrag zu Art. 32a<sup>bis</sup> Abs. 1 Bst. f**

f **Ersatzlos streichen.**

Weiter empfiehlt Alliance Patrimoine die Ergänzung eines neuen Bst. e bei Art. 32a<sup>bis</sup> Abs. 2, um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass bei Gebäuden, welche an den öffentlichen Raum grenzen, weiterhin in einer Baubewilligung festgehaltene Auflagen zu erfüllen sind. Dies stützt in unserer Wahrnehmung die hervorragende Stellung von Gebäuden, welche dem öffentlichen Raum zugewandt sind und für die besonders hohe Gestaltungsmerkmale der Baukultur und damit auch der Fassadengestaltung zu gelten haben.

**Antrag zu Art. 32a<sup>bis</sup> Abs. 2 Bst. e (neu)**

e **Sie liegen an einer vom öffentlichen Raum abgewandten Fassade.**

Alliance Patrimoine begrüsst, dass mit dem vorliegenden Entwurf auf die kantonale Hoheit Rücksicht genommen wird, indem diese mit Art. 32a<sup>bis</sup> Abs. 3 und 4 explizit erwähnt wird. So können die Kantone die Bewilligungsfreiheit weiter fassen und sie können auch weitergehende Einpassungsanforderungen erlassen, welche sich aus gebietsbezogenen kantonalen und kommunalen Gestaltungsvorschriften ergeben.

In Bezug auf die kommunalen Gestaltungsvorschriften, welche in Bst. e bei Art. 32a<sup>bis</sup> Abs. 1 genannt werden, empfiehlt sich deren Berücksichtigung in Abs. 4.

**Antrag zu Art. 32a<sup>bis</sup> Abs. 4**

4 Das kantonale **oder kommunale** Recht kann innerhalb der Bauzone weitere Kategorien genügend angepasster Solaranlagen festlegen.

<sup>2</sup> Ebd. S. 21.

<sup>3</sup> Ebd. S. 20.

## Ausgestaltung der Abbruchprämien: Erwägungen zu Art. 43d (neu) E-RPV

Bei der zweiten Etappe zur Teilrevision des Raumplanungsgesetzes (RPG 2) wird mit Artikel 5a eine Abbruchprämie als Anreiz für Kompensationsmassnahmen eingeführt. Die Abbruchprämie ist ein zentrales Instrument der Stabilisierung des Gebäudebestandes ausserhalb der Bauzonen. Sie war ein wichtiger Grund, weshalb der Trägerverein die Landschaftsinitiative zurückgezogen hat, denn die Prämie hat das Potenzial, massgeblich zum Stabilisierungsziel beizutragen. Trotzdem sind im vorliegenden Vernehmlassungsentwurf keine Verordnungsbestimmungen vorgesehen.

Aus Sicht der Alliance Patrimoine ist es besonders wichtig, die Ausrichtung der Abbruchprämie auf zweckmässige Kompensationsmassnahmen zu konzentrieren. Es ist zu verhindern, dass sie für den Abbruch baukulturell bedeutender und landschaftsprägender Bauten oder für illegal erstellte Bauten benutzt wird.

Alliance Patrimoine bedauert zudem, dass eine Regelung fehlt zur Finanzierung durch Beiträge des Bundes. Das ist insofern nicht sachgerecht, als Art. 5a Abs. 2 RPG vorsieht, dass die Kantone verpflichtet werden.

### Antrag: Änderungsvorschlag Art. 43d (neu)

#### Gliederungstitel vor Art. 43d: 6b. Abschnitt: Abbruchprämien (Art. 5 Abs. 2<sup>quater</sup> RPG)

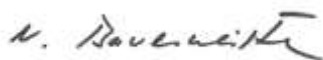
Art. 43d:

Die Ausrichtung von Prämien ist ausgeschlossen für den Abbruch

- unrechtmässig erstellter Bauten
- von Bauten, die in einem Inventar des Bundes, der Kantone oder der Gemeinden zum Landschafts-, Heimat- oder Ortsbildschutz enthalten sind oder von der zuständigen Behörde durch Zuweisung in eine Schutzzone oder Erlass einer Schutzverordnung oder -verfügung unter Schutz gestellt worden sind.
- materiell schutzwürdiger Bauten, die eine ortsbild- und landschaftsprägende Funktion haben sowie Bauten in traditioneller Bauweise, die über 100 Jahre alt sind.

Wir danken Ihnen für die Aufmerksamkeit und die Kenntnisnahme.

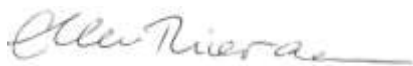
Freundliche Grüsse  
Alliance Patrimoine



Nicole Bauermeister  
Direktorin GSK



Sebastian Steiner  
Geschäftsführer NIKE



Ellen Thiermann  
Zentralsekretärin Archäologie Schweiz



David Vuillaume  
Geschäftsführer Schweizer Heimatschutz